

## **Haushaltsrede SPD-Fraktion Kreistagsitzung 26.02.2021**

### **- Es gilt das gesprochene Wort – - beschränkt auf 10 Minuten Redezeit -**

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Gericke,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

Helmut Schmidt hat einmal gesagt: „In der Krise beweist sich der Charakter“ - ohne Zweifel - Wir befinden uns in einer der größten globalen Krisen, so wie sie viele von uns – mich eingeschlossen – noch nie erlebt haben. - In einer Krise gilt es jedoch zusammenzustehen, gemeinsam nach den bestmöglichen Lösungen zu suchen und fernab von politischer Rivalität das Beste für den Bürger zu tun.

Das ist das, was die Menschen von uns Politikern zu Recht erwarten!

Es wäre ein Leichtes gewesen, sich heute hier ans Rednerpult zu stellen, gegen die Mehrheitspartei CDU und gegen den Landrat zu wettern. Schließlich bin ich ja noch vor ein paar Monaten gegen den Amtsinhaber in der Kommunalwahl selbst angetreten.

Wäre es nicht vielleicht sogar die Aufgabe von uns als SPD und von mir als seinerzeitigen Herausforderer, jetzt zu zeigen, was Alles falsch läuft? Warum alles besser gewesen wäre, wenn die Menschen in unserem Kreis anders gewählt hätten als im vergangenen Jahr? Müssten wir Sozialdemokraten nicht jetzt unser gesamtes Wahlprogramm in unzählige Anträge verfassen und zeigen, dass die Parteien der großen Koalition in Berlin, gerade vor Ort doch unterscheidbar sind?

Könnte man so tun! –

Aus Sicht der SPD-Fraktion ist es hier und heute allerdings nicht an der Zeit, große politische, streitbare, Diskussion zu führen. Zu Recht erwarten die Menschen von uns in der jetzigen Zeit, Lösungen zu präsentieren und Führung zu übernehmen. Gerade jetzt, wo die Akzeptanz für Maßnahmen, die auf anderer Ebene entschieden

werden, spürbar zurückgehen, erwarten die Menschen von uns vor Ort keine politischen Grabenkämpfe oder leere Worthülsen. Sie erwarten von uns Kommunalpolitikern, die nahe beim Bürger sind, zu Recht, Unterstützung!

Es ist nicht an der Zeit maßlose Forderungen zu stellen! Es ist nicht an der Zeit Wolkenkuckucksheime zu bauen! Es ist nicht an der Zeit, die Menschen zu belasten!

Nein, es ist an der Zeit die Menschen zu entlasten!

Schaut man nach Berlin, so könnte man meinen, Geld spielt keine Rolle. Es wird aktuell so viel Geld in den Markt gepumpt, wie schon lange nicht mehr. Umso wichtiger ist es für uns hier im Kreis jedoch, einen soliden Haushalt aufzustellen, der einerseits die Zukunft der Menschen und gleichzeitig die wirtschaftlichen Lasten im Auge behält. Jetzt ist es wichtiger denn je, die Städte und Gemeinden zu entlasten. Daher ist die Senkung der Kreisumlage um 2,9 Prozentpunkte auf 29,7 Prozent gut und richtig und mit einer klaren Botschaft verbunden: Wir als Kreis stehen fest an Eurer Seite!

Deswegen kann ich Ihnen vorweg sagen, die SPD-Fraktion wird diesem Haushalt, als einen gemeinsam getragenen Haushalt, zustimmen.

Ein Haushalt mit einem Volumen von mehr als 472 Millionen € ist kein Pappentier. Der Bevölkerungsschutz, die Kosten im Jobcenter und dem Jugendamt, die Investitionen in Schule und KiTa aber auch in Straßen- und Radwege stellen den Kreis in dieser Zeit vor erhebliche Herausforderungen. Herausforderungen, die wir aber auch in dieser Größe, gemeinsam angehen.

Die Diskussionen und Beratungen der vergangenen Wochen in den Fachausschüssen haben allerdings gezeigt, dass es sich dennoch lohnt, genau hinzuschauen und auch für kleine Beträge von 3.000 €, 5.000 € oder für 20.000 € zu kämpfen. Aus diesem Grund war es für uns Sozialdemokraten wichtig, gerade jetzt, das Beratungsangebot und die Unterstützung der Vereine und Verbände in unserem Kreis unverändert aufrechtzuerhalten. Ich bin froh, dass es uns nach langen Diskussionen gelungen ist, die Förderung der Arbeiterwohlfahrt für die Schwangerschaftskonfliktberatung doch noch in die Kreisförderung aufzunehmen. Es ist schließlich kein neues Angebot, sondern ein Bestehendes. In der jetzigen Zeit darf man nicht diejenigen bestrafen, die in den letzten Jahren ohne zusätzliche Förderung des Kreises ausgekommen sind. Dann allerdings in diesem schwierigen Jahr, wo erkennbar ist, sie kommen alleine, ohne eine weitere Unterstützung nicht hin, die Unterstützung versagen. Und daher freue ich mich ganz besonders, dass es uns gemeinsam gelungen ist, dieses Projekt weiter zu finanzieren.

Gleiches gilt auch für unseren Antrag auf eine Förderung des psychosozialen Traumazentrums in Ahlen. Geflüchtete Menschen, die schlimmste Traumata durch das Erlebte haben, bedürfen unsere Unterstützung und daher bin ich auch hier froh, dass es uns gelungen ist, die Widerstände in der CDU aufzubrechen. Was wäre es

für ein Zeichen gewesen, wenn die Nachbarstadt Hamm eine Förderung gewährt, der eigene Kreis diese jedoch versagt? Obwohl es dazu noch ein Projekt ist, welches

sogar von der CDU/FDP Landesregierung unterstützt wird. Scheinbar verkehrte Welt hier im Kreis Warendorf?! Man könnte ja fast glauben, bei dem Widerstand in der Vergangenheit ging es mehr um persönliche Befindlichkeiten als um die Sache – Naja – Egal – Man kann jederzeit dazu lernen, auch als CDU und FDP.

Und wo wir gerade schon so beim Thema Lernen sind: Meine Fraktion ist froh, dass nun scheinbar auch die CDU das Thema Klima und Mobilität für sich erkannt hat. Wir freuen uns, dass der von den Grünen eingebrachte und von uns unterstützte Antrag auf Einrichtung einer Stelle für das Mobilitätsmanagement nunmehr doch eine breite Zustimmung gefunden hat. Ein wesentlicher Bestandteil der Klimastrategie des Bundes und des Landes ist die Reduzierung der Belastung durch den Verkehr. Schon im Wahlkampf habe ich seinerzeit gesagt, der Verkehr darf nicht isoliert durch die Windschutzscheibe eines Autos betrachtet werden. Die Einrichtung dieser Stelle ist gut wichtig und notwendig und wird den Kreis in seiner Mobilitätsentwicklung weiter voranbringen. Auch das in diesem Zusammenhang unsere Anregung im Fachausschuss, auf Darlegung der Maßnahmen und Finanzierung zur Umsetzung des Radverkehrskonzeptes, eine Mehrheit gefunden hat, zeigt die richtige Richtung. Ein Ringen um die Frage der grundsätzlichen Prüfung von straßenbegleitenden Radwegen ist daher eher kontraproduktiv. Aber wie ich vernommen habe, ist ja selbst die FDP lernfähig. Die SPD ist da auch in Zukunft gerne hilfsbereit!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Wenn ich eingangs von einer notwendigen Entlastung der Gemeinden und Städte in unserem Kreis gesprochen habe, dann betrifft diese notwendige Entlastung gerade auch die Familien und Geringverdiener bei uns.

Die Pandemie hat gezeigt, dass gerade die Menschen mit den unteren Einkommen, besonders betroffen sind. Diejenigen Menschen, die vielleicht sich nur über Wasser halten können, weil sie einen Zweit- oder Dritt-Job haben. Diejenigen, die zusätzliche Nebenjobs in der Gastronomie oder im Einzelhandel haben.

Die Menschen, die durch den monatelangen Lockdown gerade kein zusätzliches Einkommen mehr erwirtschaften. Natürlich war vor diesem Hintergrund richtig, per Dringlichkeit teilweise auf die Elternbeiträge im Kita- und OGS Bereich zu verzichten. Es konnte ja auch zwischendurch keine ausreichende Betreuung angeboten werden.

ABER: Für die SPD mache ich es ziemlich deutlich: Bildung darf in unserem Land nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Für uns wäre es wünschenswert, die Elternbeiträge in unserem Kreis daher ganz abzuschaffen. Ja ich weiß, das ist für den öffentlichen Haushalt eine zusätzliche Belastung. Aber an dieser Frage zeigt sich, wie viel Wert einem das Thema gute Bildung für ALLE wirklich ist. Es zeigt sich, wo eine Kommune oder ein Kreis wirklich ihre Schwerpunkte setzen möchten. Für

uns als Sozialdemokraten ist und bleibt dies ein Schwerpunkt unserer politischen Arbeit.

Wenn ich aber eingangs davon gesprochen habe, dass es nicht an der Zeit ist, in der jetzigen finanziell schwierigen Situation, Wolkenkuckucksheime zu fordern, dann erkennen auch wir, dass diese Forderung zum jetzigen Zeitpunkt nicht umzusetzen ist.

Was wir aber in diesem Zusammenhang brauchen, ist eine Entlastung der unteren Einkommensgruppen bei den Beiträgen. Wir wollen die Beitragsfreiheit der Elternbeiträge auf eine Einkommensgrenze von bis zu 37.000 € anheben. Wir freuen uns im Kinder- und Jugendhilfeausschuss gemeinsam gelungen ist, die Verwaltung zu beauftragen, in Gespräche mit den Mitgliedskommunen einzusteigen und für das neue, kommende Haushaltsjahr einen entsprechenden Entwurf auf Anpassung der Beträge vorzubereiten. An die CDU sei jedoch der Hinweis ergangen, dass unser Vorschlag, wie eine neue Beitragstabelle aussehen könnte, kein rein

sozialdemokratischer Vorschlag ist. Es war die CDU Münster, die die Beitragsgrenzen sowohl nach unten bis zu 37.000 € als auch nach oben mit über 85.000 €, ähnlich unserem jetzigen Vorschlag, neu festgesetzt hat.

Daher gehen sie in Ihren zukünftigen Beratungen mal ein wenig in sich und fragen zur Sicherheit noch mal bei Ihren Kollegen in Münster nach. Vielleicht gelingt es uns ja so, für die Zukunft ein gerechteres Beitragssystem zu installieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Alles in Allem kann mit diesem Haushalt das Jahr 2021 optimistisch angegangen werden. Meine Sorge ist jedoch, ähnlich wie Herr Dr. Funke es in den Beratungen ausgedrückt hat, nicht das jetzige Jahr 2021, sondern vielmehr das Jahr 2022. Die Landschaftsumlage des LWL wird erheblich steigen, die Steuereinnahmen werden aller Voraussicht nach, sich weiter reduzieren. Was mit den Finanzhilfen des Bundes- und des Landes passiert, ist aktuell nicht absehbar.

Die günstige Finanzsituation des Kreises ist in diesem Jahr natürlich auch der Entscheidung der Landesregierung geschuldet, die Coronaschäden zu isolieren und diese über die nächsten Jahre abzuschreiben. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass es sich dabei nicht um echte Finanzhilfen, sondern um einen gestundeten Kredit handelt. Die Schäden sind also nicht weg, sondern werden auf die nächsten Jahre verschoben.

Sehr geehrter Herr Landrat,  
meine lieben Kolleginnen und Kollegen,  
lieber Herr Diekhoff als Landtagsabgeordneter der FDP:  
Sorgen Sie bei Ihren Kollegen auf der Landesebene lieber dafür, dass die Kommunen an dieser Stelle mit dem Problem nicht alleine gelassen werden. Besser

und ehrlicher wäre es, diese Zuwendungen als tatsächliche Zuschüsse für die Kommunen zu

belassen und diese gerade nicht zu kreditieren. Das würde in den nächsten Jahren den Städten, Gemeinden und Landkreisen nämlich wirklich helfen und vielleicht auch die Bürgerinnen und Bürger vor kommunalen Steuererhöhungen verschonen. Sie können nicht einerseits als Kommunalpolitiker im Kreis Entscheidungen treffen, die helfen und andererseits auf Landesebene die Finanzen der Kommunen durch ein Abstimmungsverhalten torpedieren. Setzen Sie sich daher bitte ALLE, soweit Sie können, bei Ihren Parteifreunden ein, um die kommunale Finanzsituation auch in den nächsten Haushaltsjahren zu verbessern und nicht zu verschlechtern.

Natürlich ist in unserem Kreis bei aller Einigkeit nicht alles rosig. Gerade der Lockdown hat gezeigt, dass Home-Office und die immer mehr voranschreitende Technisierung unserer Gesellschaft zeigt, wie wichtig die Digitalisierung ist. Und daher sei mir ein Kritikpunkt durchaus erlaubt, Herr Dr. Gericke: Wir brauchen eine nachhaltige Digitalisierungsstrategie für unseren Kreis. Damit gemeint ist beim Thema Glasfaser allerdings nicht nur schöne Fotos in der Presse zu machen, wie man beim Spatenstich einen ersten Akzent setzt. Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass es in unserem Kreis an vielen Stellen noch erhebliche Probleme mit der Digitalisierung gibt. Das fängt bei Nichterreichbarkeit von Firmen an, geht über die technische Ausstattung von Schulen, bis hin zu den in der Breite noch immer fehlenden digitalen Serviceangeboten des Kreises. Die SPD wird Sie Herr Landrat in dieser Frage beim Wort nehmen und die weitere Entwicklung konstruktiv begleiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Schluss auf Helmut Schmidt zurückkommen: In der Krise zeigt sich der Charakter. Ich habe zurecht davon gesprochen, dass aktuell nicht die Zeit der politischen Grabenkämpfe ist. In den Jahren meiner bisherigen politischen Verantwortung habe ich stets gut daran getan, bei aller politischen Auseinandersetzung, immer fair zu bleiben.

Demokraten untereinander begegnen sich auf Augenhöhe und nicht unter der Gürtellinie. Man gewinnt beim Bürger kein Vertrauen dadurch, dass man aus internen E-Mails Informationen an die Presse durchsteckt, nur weil man glaubt, sich dadurch einen schnellen politischen Vorteil verschaffen zu können. Politischen Charakter zeigt man dadurch, dass man Themen auf eine seriöse Art, durchaus kontrovers, gerne auch mit harten Bandagen, emotional diskutiert – Wer austeile kann- der muss auch einstecken! Aber dann, wenn Themen, Anträge und Ansichten auch zur Diskussion stehen. Wer aus vertraulichen interfraktionellen Gesprächen oder Mail berichtet, verlässt den Weg einer vertrauensvollen Zusammenarbeit und zeigt sich nicht fähig, politisch Verantwortung übernehmen zu können. In Richtung freie Wähler sei erwähnt: Die SPD steht für Gespräche immer offen. Ich hoffe sehr, dass es jeder demokratischen Partei oder Gruppe in diesem Hause daran gelegen ist, gut, vertrauensvoll und kollegial in Zukunft zusammenzuarbeiten.

Beim Stichwort Zusammenarbeit möchte ich mich an dieser Stelle zuletzt noch bei allen Verwaltungsmitarbeitern für die Zusammenarbeit bedanken. Ich bin mir sicher, dass es uns auch in 2021 gelingen wird, den Kreis Warendorf weiter nach vorne zu entwickeln. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Dennis Kocker